



1. Trumps Wirtschaftskrieg 2.0

Die USA konzentrieren sich auf China, den ultimativen Sündenbock

Klaus Wagener [UZ vom 14. Februar 2025](#)

Eins kann man der Trump-Regierung nicht vorwerfen: Untätigkeit. Kaum im Amt, hagelt es Dekrete. Der Präsident kann die „executive orders“ auch ohne den Kongress erlassen. Inwieweit das selbst formalen bürgerlichen Demokratieeregeln entspricht, ist eine andere Sache. Aber dahingehend haben sich die Vorstellungen im „Werte-Westen“ in den letzten Jahren ohnehin markant verschoben.



Neben dem Versuch, das gesamte Territorium Nord- und einen erheblichen Teil Mittelamerikas zu einem von Washington kontrollierten Interessengebiet, wenn nicht zu Bundesstaaten der USA

zu machen, ist die Wirtschafts- und Handelspolitik eines der entscheidenden Aktionsfelder der neuen Regierung. Die Welle von Sanktionen, Beschränkungen, Verboten, Zöllen und ähnlichen protektionistischen Maßnahmen, mit denen Donald Trump dem US-Imperium zu alter Größe und Glorie zurückverhelfen möchte, dürfte erst am Anfang stehen. Freihandel ist was für Loser. Trump hat zutreffend erkannt, dass sich die USA in massiven ökonomischen Problemen befinden und dass die bisherige globale Machtprojektion so nicht weiter aufrechtzuerhalten ist. Dabei hatte Joseph Biden noch mit der „besten Ökonomie der Welt“ geprahlt, die seine Präsidentschaft hinterlassen würde.

1945 standen die USA mit knapp 5 Prozent der Weltbevölkerung für etwa 50 Prozent der Weltwirtschaftskraft. Alle großen Ökonomien lagen durch den Krieg in Trümmern, während auf dem US-Festland kein Schuss gefallen war. Der New Deal und der massive Kriegskriegskeynesianismus hatten gewaltige Produktionskapazitäten geschaffen. Seither befindet sich das US-Imperium ökonomisch in einer relativen Abwärtsbewegung, die durch seine permanenten Kriege und die neoliberale Gegenreformation der 1980er Jahre bis hin zu einer erstaunlichen Selbsttruinierung beschleunigt wurde. Heute sind die alten Reiche wie Russland, Iran, Indien, China dabei, ihre traditionelle Rolle als führende Ökonomien der Welt zurückzugewinnen, die sie durch die Kolonisierung verloren hatten. Trumps Versuch, diese Entwicklung zurückzudrehen, ist illusorisch, zumal die eigentlichen Ursachen nicht einmal benannt werden.

Trump führt uns daher China und die gesamten BRICS-Plus, die illegalen Einwanderer, gelegentlich auch die EU als seine Lieblings-Sündenböcke vor, gegen die sich „God’s own Country“ mit allen zur Verfügung stehenden Sanktionen und Zöllen wehren muss. An der Deindustrialisierung Europas lässt sich ablesen, welche destruktiven Bumerang-Effekte schon die Sanktionen gegen Russland auslösen können. China spielt noch in einer ganz anderen Liga. Die Volksrepublik repräsentiert allein ein Drittel der globalen Industrieproduktion, mehr als das Doppelte des US-Outputs. Das Land produziert beispielsweise mehr als 65 Prozent der globalen Elektrofahrzeuge und verfügt über Schiffbaukapazitäten in etwa gleicher Höhe. BRICS-Plus steht für 42 Prozent der globalen Öl- und Gasreserven, 72 Prozent der bekannten Seltenen Erdmetalle. Ähnliches gilt für den vermeintlichen Technologievorsprung der USA. Laut dem australischen Institut für politische Strategie (ASPI) führt China weltweit in 37 von 44 Technologiesektoren. Die geoökonomischen Verhältnisse haben sich seit Trumps erster Amtszeit noch einmal drastisch verändert.

Der „Wertewesten“ ist heute vom Globalen Süden weit mehr abhängig als umgekehrt. In Zeiten der selbstgeschaffenen Kriege verstärkt diese enge ökonomische Verflechtung die Effekte des historischen Niedergangs. Der Trumpsche Wirtschaftskrieg 2.0 wird zwar in den betroffenen Staaten einige Probleme auslösen, die Bumerang-Effekte dürften aber enorm, wenn nicht stärker als die Primäreffekte sein. Die omnipräsenten chinesischen Güter in den USA zum Beispiel werden sich massiv verteuern, die Lebenshaltungskosten werden steigen, die Konkurrenzfähigkeit der US-Ökonomie und seiner Verbündeten wird sinken, die Motivation, sich vom US-Imperium zu entkoppeln, wird steigen. An der Richtung des historischen Prozesses wird das alles rein gar nichts ändern. Im Gegenteil.

China hat sich seit Langem auf diesen entscheidenden Konflikt mit der alten Weltmacht eingestellt. Es ist weder erforderlich noch der Stil des Reichs der Mitte, in gleicher Weise aggressiv gegen das Imponiergehabe der US-Regierung zu agieren – was es allein schon im Rohstoffbereich leicht könnte. Peking war schon beim ersten Trump-Handelskrieg ziemlich erfolgreich. Wie schon für Russland und Iran, kommt es auch für China und die BRICS-Plus darauf an, Sanktionssicherheit zu schaffen, unabhängiger zu werden vom US-Dollar und den US/EU-Märkten und prosperierende Ökonomien im dynamischen Globalen Süden zu entwickeln. Wie sich in Osteuropa gezeigt hat, ist die zutiefst irrationale, kriegs- und konfliktfixierte US/EU-Politikerrriege nicht in der Lage, solide, dauerhafte, auf gemeinsame Prosperität gerichtete Lösungen zu entwickeln, welche die Interessen aller Beteiligten reflektieren. Wozu in Gespräche mit ihnen investieren? Was letztlich zählt, sind Fakten. Fakten auf dem militärischen und ökonomisch-technologischen Schlachtfeld.

Hinweis (siehe auch „Termine“): Klaus Wagener wird im April bei uns referieren!

2. Eine Stimme für den Frieden in turbulenten Zeiten

17.02.2025 von *Oliver Eschke*

Jedes Jahr im Februar blickt die Welt nach München, wo sich die globale außenpolitische Elite trifft, um über aktuelle Krisenherde und Anpassungen des Global Governance-Systems zu diskutieren. Dieses Jahr wird deutlich, dass Chinas diplomatischer Kurs, beruhend auf den Prinzipien der Multipolarität und der Schicksalsgemeinschaft der Menschheit, der richtige Ansatz für unsere Zeit ist.

In den letzten Jahren hat China durch verschiedene Initiativen und Maßnahmen versucht, seinen Beitrag zur globalen Krisenbewältigung und zur Förderung der friedlichen internationalen Zusammenarbeit zu leisten. Die Teilnahme von Außenminister Wang Yi an der aktuellen Münchener Sicherheitskonferenz verdeutlicht einmal mehr, dass man mittlerweile nicht mehr an China vorbeikommt, um geopolitische Brennpunkte zu löschen.



Friedenssicherung und Konfliktlösung

„China wird eine stabilisierende Kraft in einer multipolaren Weltordnung sein.“ Ein Blick zurück auf die letzten Jahre macht deutlich, wie zutreffend dieses Zitat von Außenminister Wang Yi auf der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) vom vergangenen Freitag ist. China ist der zweitgrößte Beitragszahler für UN-Friedensmissionen und der größte Truppensteller unter den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates. Mit Stand von 2024 hat China seit 1990 an über 29 UN-Friedensmissionen teilgenommen und dabei insgesamt rund 49.000 Soldaten und Offiziere sowie 2.700 Polizisten in über 20 Länder und Regionen entsandt. Darüber hinaus hat China diplomatische Bemühungen unternommen, um internationale Konflikte zu entschärfen. So vermittelte es 2023 erfolgreich zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, was zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern führte. Nach dem chaotischen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan hat China auch in dieser Krisenregion durch kontinuierliche Gespräche seine Rolle als verantwortungsbewusstes großes Land unter Beweis gestellt. Schon ein Jahr nach dem US-Abzug versicherte Wang Yi in Kabul 2022, dass Beijing eine „Kooperation von gegenseitigem Nutzen“ anstrebe.

Im seit drei Jahre währenden Russland-Ukraine-Konflikt hat sich Beijing stets als Mediator bewiesen, der Friedensgespräche als den einzigen Weg zur Lösung betrachtet hat, wie Wang Yi nun nochmal klarmachte. Während die USA und Europa mit immer weiteren Waffenlieferungen weiteres Öl ins Feuer gegossen haben, sprach sich China von Beginn an dafür aus, die beteiligten Parteien an einen Tisch zu bekommen, damit die Waffen schweigen. Die

jüngsten Äußerungen von US-Präsident Donald Trump deuten darauf hin, dass es nun bald endlich zu Gesprächen kommen könnte. China hat sich stets dafür bereit erklärt und – noch wichtiger – klargemacht, dass es am Ende des Konflikts weder Gewinner noch Verlierer geben dürfe. Dies ist ein eindeutiges Statement gegen die Nullsummen-Mentalität, die einige Akteure im internationalen Zusammenspiel immer noch an den Tag legen.

Der Außenminister machte in München auch unmissverständlich klar, dass die Zeit, in denen eine oder zwei sogenannte Supermächte die Welt nach ihrem Geschmack gestalteten, vorbei sei. Stattdessen lebe man mittlerweile in einer multipolaren Weltordnung. Dementsprechend müsste sich auch das System der Global Governance anpassen, um wichtigen Stimmen des Globalen Südens das Gewicht zu gewähren, das sie verdienen. China hat sich unlängst als unerschütterlicher Förderer des Globalen Südens bewiesen, sei es durch die enge Partnerschaft mit Afrika oder die harmonischen Beziehungen mit ASEAN.

Handelspolitische Zusammenarbeit und Freihandelsabkommen

Im Bereich der Handelspolitik hat China den Abschluss von Freihandelsabkommen (FHA) vorangetrieben, um den globalen Handel zu fördern und Protektionismus abzubauen. Bis Januar 2025 hat China 23 Freihandelsabkommen mit Partnern auf fünf Kontinenten unterzeichnet, zuletzt mit den Malediven und Singapur. Diese Abkommen zielen darauf ab, den Handel zu stärken und neue Wirtschaftsbereiche zu erschließen, einschließlich zollfreiem Warenhandel und verbesserten Investitionsbedingungen. Ein besonders wichtiges Beispiel ist das „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP), das im November 2020 unterzeichnet wurde und 2022 in Kraft trat. Mit 15 Mitgliedern umfasst RCEP rund 30 Prozent der Weltbevölkerung und 30 Prozent des globalen Handels. Mit diesem außenwirtschaftlichen Kurs stellt sich China unmissverständlich gegen die aktuellen protektionistischen Tendenzen. Ende Januar rief Chinas Vize-Ministerpräsident Ding Xuexiang in Davos die Welt folgerichtig zu einer „offenen und inklusiven Entwicklung“ auf. Mit der Erweiterung von BRICS zu BRICS+ sowie der engen partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika – zum Beispiel in Form der FOCAC-Gipfel – verfolgt China ebenfalls dieses Ziel.

Engagement in der globalen Entwicklung

China hat Initiativen ergriffen, um die globale Entwicklung zu unterstützen. Auf dem G20-Gipfel im vergangenen November kündigte der chinesische Staatspräsident Xi Jinping acht Maßnahmen an, um die globale Entwicklung zu fördern. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem die Unterstützung von Entwicklungsländern und die Förderung nachhaltiger Projekte. Mit der China International Development Cooperation Agency (CIDCA) ist das Land seit 2018 noch prominenter auf die Bühne getreten, um entwicklungschwachen Ländern Unterstützung zu geben. Die Lieferung medizinischer Hilfsmittel während der COVID-19-Pandemie war ein eindrucksvolles Beispiel dieses Engagements.

In diesem Zusammenhang sticht seit nun schon zwölf Jahren natürlich die Neue Seidenstraßeninitiative (BRI) hervor, 2022 belief sich Chinas Handelsvolumen mit diesen Ländern auf 11 Billionen US-Dollar. Im ersten Halbjahr 2023 exportierte China laut einer Studie des Fudan Development Institute zum ersten Mal mehr in die BRI-Länder als in die USA, Japan und die EU zusammen. Damit konnte Beijing in Ländern des Globalen Südens, vor allem in Afrika und Südost- sowie Zentralasien, eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur, der lokalen Wirtschaft und somit auch des Lebensstandards bewirken.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass China durch seine Beteiligung an Friedensmissionen, den Abschluss von Freihandelsabkommen und sein Engagement in der globalen Entwicklung seit Jahren seiner Rolle als verantwortungsvolles großes Land gerecht wird und erfolgreich zur Entschärfung globaler Krisen beiträgt. Es bleibt zu hoffen, dass die Welt an diesen Tagen in München genau auf Chinas Worte hört.

Quelle: http://german.china.org.cn/txt/2025-02/17/content_117717106.htm

3. Chinesische Lokalregierungen nutzen DeepSeek zur Armutsbekämpfung

27.02.2025

Chinesische Lokalregierungen setzen verstärkt auf die Such-KI DeepSeek, um die Armutsbekämpfung zu optimieren. Das System identifiziert armutsgefährdete Haushalte und verbessert die Effizienz bei Konfliktlösungen. Experten sehen in der digitalen Transformation durch DeepSeek einen wegweisenden Schritt für das digitale Regieren.

Chinas lokale Regierungsbehörden greifen immer stärker auf die Such-KI Deepseek zurück, um die Armutsbekämpfung zu verbessern. Die Gemeinde Shanxin im Landkreis Xingye der Stadt Yulin war die erste in der Provinz Guangxi, die DeepSeek eingesetzt hat. Derzeit wird DeepSeek in der Stadt Shanxin für mehrere grundlegende Aufgaben eingesetzt. Es verbessert die intelligente Überwachung von Rückentwicklungen in die Armut. Das System verfolgt dynamisch und kontinuierlich die Daten von Haushalten, die sich aus der Armut befreit haben, um Familien, die

Gefahr laufen, wieder in die Armut zurückzufallen, genau zu erkennen und automatisch Hilfsempfehlungen zu erstellen. Dieser Prozess verbessert die analytische Effizienz um 50 Prozent im Vergleich zu herkömmlichen Methoden, heißt es in dem Bericht.

Darüber hinaus verbessert es die Effizienz der Konfliktlösung. Durch semantische Analyse gleicht das Modell ähnliche Fälle aus der Vergangenheit schnell ab und empfiehlt Mediationsstrategien, die den Beamten helfen, Streitigkeiten effektiver zu lösen.

„Die digitale Transformation von DeepSeek auf der Ebene der Stadtverwaltung ist ein zukunftsweisender Schritt in Richtung digitales Regieren. Neben der intelligenten Überwachung bietet die Technologie zahlreiche potenzielle Anwendungen für die Armutsbekämpfung“, sagte Wang Peng, ein assoziierter Forscher an der Beijinger Akademie für Sozialwissenschaften, am Mittwoch.

„Sie könnte zum Beispiel dabei helfen, eine Wissensbasis zur Armutsbekämpfung zu schaffen, die Politik zu interpretieren, Ressourcen für die Ausbildung von Fähigkeiten bereitzustellen und die Selbstentwicklungsfähigkeiten gefährdeter Haushalte zu verbessern sowie die Ausbildung von Regierungsmitarbeitern zu unterstützen.“

„Die Kosteneffizienz und die hohe Leistungsfähigkeit von DeepSeek ermöglichen es unterentwickelten Regionen, diese Technologie mit minimalen Hindernissen zu integrieren und so die digitale Transformation von Regierungsdienstleistungen zu erreichen“, sagte Wang.

„Sie könnte auch dazu beitragen, die Wissenslücke zwischen unterentwickelten und fortgeschrittenen Regionen zu überbrücken, indem erfolgreiche Erfahrungen genutzt werden, um die Dienstleistungsqualität weiter zu verbessern. Durch innovative Anwendungen von Technologien wie DeepSeek könnten unterentwickelte Gebiete rasche Fortschritte bei den öffentlichen Dienstleistungen erzielen und dazu beitragen, regionale Ungleichgewichte zu beseitigen.“

http://german.china.org.cn/txt/2025-02/27/content_117736915.htm

4. Vom Schrecken des „Friedensdiktats“ tödlich getroffen

Russland ist drin, Europa ist draußen – Trump wickelt das gescheiterte Projekt Ukraine ab

Klaus Wagener | UZ vom 21. Februar 2025

Die versteinerten Gesichter während der Rede von US-Vizepräsident James David Vance auf der „Münchener Sicherheitskonferenz“ sagten alles. Die europäischen Zentralen wurden durch die abrupte Wende in der US-Ukraine- und US-Europapolitik kalt erwischt. Die Entsendung des Sondergesandten, General Keith Kellogg, und einige Äußerungen Donald Trumps hatten zunächst Kontinuität signalisiert. Doch dann hatte Trump Kellogg vom Spielfeld genommen und Kontakt zu Präsident Putin aufgenommen. Es war der erste Moskau-Kontakt eines US-Präsidenten seit drei Jahren.

US-Verteidigungsminister Pete Hegseth hatte in seiner ersten Rede vor der NATO-Kontaktgruppe wesentliche Narrative der Ukraine-Falken abgeräumt. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wird ebenso ausgeschlossen wie eine Rückkehr zu den Grenzen vor 2014. Falls es so etwas wie einen „friedenssichernden“ Militäreinsatz entlang der Kontaktlinie, wo auch immer die dann verlaufen mag, geben sollte, sei das Sache der Europäer. Einen Einsatz der NATO bei diesen „Friedenstruppen“ hatte Hegseth ebenso ausgeschlossen wie den „Bündnisfall“, also die Anwendung des Artikels 5 des NATO-Vertrages, beim Angriff auf diese Truppen.

Die Botschaft von Hegseth, Vance und Trump ist mehr als deutlich. Es war so eine Art Victoria Nuland 2.0: „Fuck the EU“. Wenn die europäischen Russland-Falken wie Boris Pistorius, Emmanuel Macron, Keir Starmer und Ursula von der Leyen gern Krieg gegen Russland führen wollen, bitte – aber ohne uns. Im Klartext: Stockt euren Rüstungs-etat auf die erforderliche Höhe auf, in den USA sind es real 5,3 Prozent/BIP, und ihr könnt die erforderlichen Waffen gern bei uns kaufen.

Dem „Westen“ ging es noch nie um die Ukraine. Schon die Nazis haben den ukrainischen Nationalismus für ihre Zwecke genutzt. Die Ukraine wurde 1918 von den Siegermächten überhaupt nur gegründet als Bollwerk gegen den Bolschewismus. Das Projekt der NATO-Osterweiterung ab 1991 verfolgte ebenso den Zweck der Eindämmung Russlands. Als krönenden Abschluss dieses Projekts inszenierte die US-Regime-Change-Maschine 2014 den Putsch in Kiew und rüstete die Ukraine militärisch zur stärksten Macht in Europa auf.

Das Ziel war, wie es Annalena Baerbock, US-Kriegsminister Lloyd Austin und die neue EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas freimütig formuliert hatten, die Ruinierung Russlands, das Ende der Putin-Herrschaft und die Aufspaltung Russlands entlang seiner religiösen und ethnischen Grenzen. Dieses Projekt ist gescheitert. Russland hat diesen historischen Konflikt gewonnen. Es kann und wird sich die Bedingungen eines Friedensschlusses nicht diktieren

lassen, da gibt es wenig Raum für Zugeständnisse. Die Trump-Regierung hat heute – objektiv betrachtet – nur noch die Aufgabe, den US-Bürgern diese demütigende Niederlage zu „verkaufen“ und die erforderlichen Konsequenzen für das „westliche Bündnis“ zu verkünden.

Die Vorstellung, dass nicht „Putin“, sondern sie selbst aus dem Spiel sind, dass sie nun weder über einen Krieg noch einen Feind verfügen, hat für Schnappatmung in den EU-Zentralen gesorgt. Mit Personen wie Olaf Scholz und Friedrich Merz, Macron, Starmer und von der Leyen an der Spitze verfügen die Europäer über keine realistische und perspektivische Strategie für diese Lage. Um weiterhin Großmacht spielen zu können, ist das europäische Militär zu schwach, zu zersplittert, es fehlt ebenso an einer zentralisierten Kommandostruktur wie an einer integrierten Rüstungsindustrie. Es reichte gerade für die Trittbrettfahrerei bei der US-Kriegsmaschine.

Seit Gründung der NATO, 1949, hatte der Satz des ersten Generalsekretärs, Hastings Lionel Ismay, gegolten: Die NATO sei da, um die Russen draußen, die Amerikaner drin und die Deutschen unten zu halten. Der „Russe vor der Tür“ hatte über so manche Krise hinweggeholfen. Nun stehen nicht nur die Narrative, das Feindbild, sondern die ganze US/EU-„Sicherheitsarchitektur“, inklusive der NATO selbst, mehr als in Frage. Vielleicht sollte man sich einmal an Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle erinnern: in Wirklichkeit sind wir „von Freunden umzingelt“.

Im strategischen Kalkül des US-Imperiums hat sich die „Westliche Wertegemeinschaft“ immer mehr von einem Aktivposten zu einer Belastung entwickelt. Die teuren Europäer sind außerstande, Relevantes zur Machtprojektion des US-Imperiums beizutragen. Weit davon entfernt, selbst eine relevante Macht in einem realen militärischen Konflikt zu sein, beanspruchen selbst militant antirussische Mini-Staaten wie Estland mit einem Bruttoinlandsprodukt von nicht einmal einem Drittel von Hamburg den vollen, zur Not auch atomaren Schutz der USA. Für die Trump-Regierung stellt sich daher die Frage nach Sinnhaftigkeit und Konsequenz der komplett gescheiterten Anti-Russland-Strategie. Bislang erscheint die Rückkehr zum „klassischen Imperialismus“ des beginnenden 20. Jahrhunderts als bevorzugte Variante. Die Erweiterung der eigenen Machtbasis in Richtung Norden (Grönland, Kanada) und Süden (Mexiko, Karibik, Panama), die Konzentration auf den entscheidenden Gegner (China) und die Stärkung der eigenen Wirtschaft durch einen aggressiven Merkantilismus, auch in Richtung EU. Und schließlich die Schwächung des Kerns der BRICS, des russisch-chinesischen Bündnisses, durch ein gutes Verhältnis zu Russland. Der Realismus dieser Konzepte steht auf einem anderen Blatt.

Noch sind längst nicht alle Messen gesungen. Wenn das „Projekt Ukraine“ für Trump gestorben ist, wird es für ihn kaum eine Rolle spielen, ob beispielsweise Odessa russisch wird oder auch nicht. Dennoch, faktisch ist noch nichts passiert und es gibt mächtige Gegner. Die Mächtigsten im US-Sicherheitsstaat werden auf ihre gigantische Bonanza-Ukraine ebenso wenig verzichten wollen wie die europäischen Kriegstreiber auf ihren geliebten Ukraine-Krieg. Querschüsse sind von allen Seiten zu erwarten. Quintessenz: Die europäischen Vorzeigedemokraten sind gegen Trump, weil er den „Frieden diktieren“ will. Wenn das keine Errungenschaft ist.

5. Termine

Freitag, 28. März 2025 17:00 Uhr Klubhaus Ludwigsfelde, Th.-Fontane-Str. 42 im Klubkino

Referent: Ökonom und Buchautor Dr. Uwe Behrens

Thema: „Chinas Ökonomie 2025 - Aspekte der Transformation zur Innovationswirtschaft / China vs. Westen“



Freitag, 25. April 2025 17:00 Uhr Klubhaus Ludwigsfelde, Th.-Fontane-Str. 42 im Klubkino

Referent: Journalist und Buchautor Klaus Wagener

Thema: „Der hybride Krieg gegen BRICS - speziell gegen sein eurasisches Zentrum“



Freitag, 23. Mai 2025 17:00 Uhr Klubhaus Ludwigsfelde, Th.-Fontane-Str. 42 im Klubkino

Referent: Gesandter Botschaftsrat der Botschaft der VR China in der BRD
Herr SUN Shouliang



Thema: „Sozialpolitik und Armutsbekämpfung in China“

Nach aktuellem Stand der Planung:

**Samstag, 21. Juni 2025 10:00 Uhr im Soziokulturellen Zentrum „Waldhaus“
August-Bebelstraße 2 in Ludwigsfelde**

Jahres-Mitgliederversammlung

Im Auftrag des Vorstandes

Ludwigsfelde, der 06. März 2025


Petra Lehmann

-Vorstandsvorsitzende-

Vorstandsvorsitzende: P. Lehmann, Ladestraße 2, 14959 Trebbin OT Thyrow

☎/Fax: 03371-642439 Mail: lehmann.petra@online.de URL: www.dcfv-ludwigsfelde.de

Der Verein ist eingetragen unter: VR-Nr. 4929P Amtsgericht Potsdam

Bankverbindung: Mittelbrandenburgische Sparkasse – IBAN: DE49 160500 00 3637021560